

# Martin Böhm

Mitglied des Bayerischen Landtags  
AfD-Fraktion

- Bundes- und europapolitischer Sprecher der Fraktion
- Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europa-Angelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Rückfragen: 0171/4433555 (MdL-Büro Coburg)  
Mail: [martin.boehm@afdbayern.de](mailto:martin.boehm@afdbayern.de)  
Homepage: [www.mdl-boehm.de](http://www.mdl-boehm.de)

## Pressemitteilung

14.10.2022

### **Martin Böhm: Protz und Prunk zu Lasten der Steuerzahler – Die Kosten für die Erweiterung des Kanzleramtes steigen massiv an!**

Die Bauarbeiten für den Anbau am Bundeskanzleramt sollen Ende des Jahres beginnen. Während anfangs mit ca. 450 Millionen Euro kalkuliert wurde, sind die veranschlagten Kosten mittlerweile auf über 770 Millionen Euro gestiegen.

Martin Böhm, bundes- und europapolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag, äußert sich dazu wie folgt:

„Protz und Prunk für die selbsternannte Elite, während das Volk frieren soll: So sieht die Politik unter der Ampel aus. Allein die Einrichtung für eine zusätzliche Kanzlerwohnung liegt bei 225.000 Euro. Ein Preis, für den mancher seine Eigentumswohnung kauft – sofern sich die Bürger in Deutschland überhaupt noch Wohneigentum leisten können.

Natürlich wird uns erzählt, dass all dies notwendig wäre. Schließlich würde in der immer komplexer werdenden Welt mehr Personal benötigt. Doch liegt die zunehmende Komplexität vielleicht nur daran, dass nach 28 Semestern erfolglosen Genderstudiums die notwendigen Kompetenzen bei den Regierungsvertretern schlicht und ergreifend fehlen?

Interessant ist auch der Umgang mit den angeblich dringend gebrauchten Fachkräften aus dem Ausland. Migranten aus bestimmten Ländern sind beim Bau nicht zugelassen, unabhängig von Werdegang und Qualifikation. Man ist schließlich um die eigene Sicherheit besorgt. Die Sicherheit, die vor allem Frauen und Kinder seit Jahren im öffentlichen Raum vermissen. Aber wer die wachsende Kriminalitätsgefahr benennt, wird schnell als Rassist diffamiert. Willkommenskultur und offene Gesellschaft enden im eigenen Vorgarten. Oder besser gesagt: vor dem Luxusanbau, den der Steuerzahler finanzieren muss.

Ein anderes Politikverständnis hat nur die AfD: bürgernah und sparsam im Umgang mit Steuergeld.“